

Der Startschuss ist gefallen –

Das Landespolizeipräsidium nimmt seinen Dienstbetrieb auf

Am Donnerstag, 01. März 2012, wurde im Rahmen eines feierlichen Festaktes im Saarbrücker Schloss durch den Minister für Inneres, Europa und Kultur, Stefan Toscani, die neue Organisationsstruktur der Saarländischen Polizei in Form eines Landespolizeipräsidiums, wie er es ausdrückte, „ins Werk gesetzt“. In Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Gäste aus Politik, Polizei, Justiz und Verwaltung wurde durch die formale Inkraftsetzung der „Verwaltungsvorschrift über Organisation und Aufgaben des Landespolizeipräsidiums der Vollzugspolizei des Saarlandes“ sowie der Ernennungen von Norbert Rupp zum Landespolizeipräsidenten und Hugo Müller zum Landespolizeivizepräsidenten der Dienstbetrieb der neuen Behörde „Landespolizeipräsidium“ (LPP) aufgenommen.

Rückblick auf einen langen Weg

Bis zum Abschluss dieses Organisationsentwicklungsprozesses war es ein langer Weg – man könnte ihn auch als unendliche Geschichte beschreiben. Bereits im Sommer des Jahres 2006 beauftragte die damalige Innenministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, eine polizeiabteilungsinterne Arbeitsgruppe „Polizeiorganisation“ (AG „POG“) damit, die Evaluierungsergebnisse der Arbeitsgruppe „AG 2000 Plus – neu“ aus dem Jahre 2005 im Hinblick auf zu ergreifende Konsequenzen zu prüfen.

Der Abschlussbericht der AG POG folgte im August 2007 und beschrieb in einer umfassenden Organisationsanalyse im Wesentlichen die quantitative und strukturelle Personalentwicklung vor dem Hintergrund eines dramatischen demografischen Problems in der saarländischen Polizei. Festgestellt wurde, dass nach Aufnahme des Wirkbetriebes der Führungs- und Lagezentrale und dem Vorliegen von Erfahrungswerten spätestens bis zum Jahr 2011 Organisationsveränderungsprozesse ins Auge gefasst werden müssen. Die AG POG empfahl die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung eines Feinkonzeptes „Entwicklung der Polizeiorganisation bis zum Jahr 2015“, die möglichst 2008 ihre Arbeit aufnehmen sollte.

Im Zuge einer Regierungsumbildung wurde im September 2007 Klaus Meiser zum neuen Minister für Inneres und Sport berufen; er erklärte, bis Oktober 2008 eine Lenkungsgruppe einrichten zu wollen, die sich mit dem Bericht der AG POG zur Organisationsentwicklung beschäftigen und konkrete Lösungsansätze finden sollte. Zur Einrichtung dieser Lenkungsgruppe kam es nicht mehr. Ursachen lagen auch in den politischen Entwicklungen und der sich dramatisch entwickelnden wirtschaftlichen Situation. Die Immobilien- und Bankenkrise des Jahres 2008 und die daraus resultierende Wirtschaftskrise sind uns allen noch in Erinnerung. Die Landtagswahl 2009 und ein dadurch bedingter Wechsel an der Spitze des Innenministeriums mit einem neuen Minister für Inneres, Kultur und Europaangelegenheiten, Stephan Toscani, ließen die Organisationsfortentwicklung erneut stocken. Die grundgesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse und die durch den Stabilitätsrat der Bundesregierung festgestellte drohende Haushaltsnotlage des Saarlandes wurden plötzlich zu Belastung für den gesamten öffentlichen Dienst. Die grundsätzliche Frage, wie angesichts der desolaten Haushaltssituation dessen quantitative und qualitative Weiterentwicklung aussehen kann, stand zur Diskussion.

Die von Innenminister Toscani im Januar 2010 eingesetzte Arbeitsgruppe „Polizei 2020“ (AG 2020) und deren Handeln stand somit von Anfang an unter dem Druck der Haushaltsnotlage und den damit verbundenen Einsparverpflichtungen.

Schmerzhafte Kompromisse

Die Ergebnisse der durch die Haushaltsstrukturkommission eingesetzten Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) sollten zu dramatischen Einsparvorhaben bei der Polizei führen. In einem Vergleich zu dem polizeilichen Standart anderer Bundesländer wurde unter anderem der Abbau von 600 (!) Stellen bei der saarländischen Polizei vorgeschlagen. Es war die GdP, die diesem Vorhaben eine klare Absage erteilt hat, weil es zur Funktionsunfähigkeit der saarländischen Polizei geführt hätte und Dienststellenschließungen in erheblichem Umfang die Folge gewesen wären. Bundesweit sind die Personalentwicklungen bei der Polizei zwischenzeitlich an vielen Stellen unter ähnlichen Wirkmechanismen von Personalabbau gekennzeichnet. Die ohne Zweifel schwierige gewerkschaftspolitische Entscheidung, sich aktiv und konstruktiv in die Gestaltung der Neuorganisation und damit in die AG 2020 einzubringen, ist auch unter dem Spardiktat und den durch die Schuldenbremse verordneten Einsparverpflichtungen zur Haushaltssicherung zu verstehen. Es mag vielen Kolleginnen und Kollegen wie ein gewerkschaftlicher Paradigmenwechsel vorkommen, wenn ihre Gewerkschaft Entscheidungen zum Personalabbau mitträgt, der aus unserer Sicht in der aktuellen Haushaltsnotlagesituation aber ohne echte Alternative bleibt. Vielleicht war es sogar eine historische Chance, über die Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur, in der in einem Verlaufsmodell über 10 Jahre sukzessive 300 Stellen „abgeschmolzen“ werden können, massive Eingriffe in die Besoldung der „Bestands-Beschäftigten“ und in die Versorgung unserer Pensionäre zu verhindern. Parallel dazu kann durch die in die Gesamtentwicklung eingebundene, zwingend notwendige Einstellungsgröße von durchschnittlich 100 Neueinstellung pro Jahr die katastrophale Altersstruktur der saarländischen Polizei deutlich verbessert werden. Die GdP hat an dieser Stelle in allen Gesprächen mit politisch Verantwortlichen sehr deutlich gemacht, dass damit der Beitrag der Polizei im Rahmen der Schuldenbremse erbracht ist. Wenn die Ministerpräsidentin mittlerweile davon spricht, im öffentlichen Dienst insgesamt etwa zehn Prozent des Personals (das sind etwa 2.500 Stellen!) abzubauen zu wollen, kann man in etwa erahnen, was dem öffentlichen Dienst noch an Personaldiskussionen und –auseinandersetzungen bevorsteht.

„Mehrliniensystem“ Chance oder Risiko?

Ohne die Einsparverpflichtungen der Schuldenbremse hätte es mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Organisationsveränderung in dieser Form nicht gegeben. Mit einem Strukturprinzip, das anmutet wie das Geschäftsmodell eines Wirtschaftsunternehmens, geht die saarländische Polizei bundesweit durchaus neue Wege. Durch das Zusammenführen von zwei Behörden, den Abbau von „Hierarchieebenen“, die Schaffung kurzer Entscheidungswege, das Beseitigen von Schnittstellen und „Doppelzuständigkeiten“ und die Einbeziehung neuer Leitstellentechnik sind durchaus erhebliche Synergieeffekte zu erzielen. Die gewählte Organisationsform ist aber auch der Versuch, mit den vorgenannten Instrumentarien den Spagat zwischen Haushaltsverantwortung und innerer Sicherheit zu halten. Dadurch, dass die Gesamtverantwortung für die Erfüllung aller vollzugspolizeilichen Aufgaben in einer Hand liegt, können notwendige Entscheidungen sowohl im Bereich der Gefahrenabwehr als auch im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung - bezogen auf Schwerpunktsetzung, personelle und technische Stützleistungen auch im Sinne von Ressourcenverantwortung - frei von Bereichsegoismen wahrgenommen werden. Nachsteuern und „Feinjustieren“ werden in einem ständigen Prozess zwangsläufig notwendig werden, Problemstellungen und Pannen nicht ausgeschlossen sein. Aber es besteht die große Chance, dieses Organisationsmodell gemeinsam zu einem Erfolgsmodell zu machen. Vielleicht wird das Saarland in einer Zeit, in welcher der

gesamte Öffentliche Dienst epochale Veränderungen erfahren wird, hier eine Vorreiterrolle im positiven Sinne haben. In diesem Sinnen wird die Gewerkschaft der Polizei Saarland den begonnen Prozess konstruktiv kritisch begleiten und unterstützen, sich aber auch im Sinne der Beschäftigten zu Wort melden und einmischen – versprochen!
Ralf Porzel, stellv. Landesvorsitzender